

Notizen

Im Jahr 1986 sind nach Angaben des Statistischen Bundesamts 138 981 Personen aus der evangelischen Kirche und 75 919 Personen aus der katholischen Kirche in der Bundesrepublik *ausgetreten*. Damit lag die Austrittszahl auf evangelischer Seite 1986 leicht unter der von 1985 (140 553), auf katholischer Seite leicht darüber (74 172). Insgesamt betrug die Zahl der evangelischen Kirchenmitglieder Ende 1986 24,910 Millionen, die der katholischen Kirchenmitglieder 26,284 Millionen.

Der Beirat der Konferenz der deutschsprachigen Pastoraltheologen sprach sich auf seiner Tagung in Erfurt am 4. Juni gegen eine vorschnelle Verurteilung des Paderborner katholischen Theologen und „tiefenpsychologisch orientierten Seelsorgers“ Eugen Drewermann aus (vgl. Pastoraltheologische Informationen 1988, S. 261–263). Das Gespräch mit Drewermann dürfe nicht aus Angst vor Verunsicherung abgebrochen werden, noch ehe es ausreichend aufgenommen und durchgehalten worden sei. Theologie und Kirchenleitung sollten sich den kritischen Anfragen Drewermanns stellen, auch wo seine Thesen „im Eifer des Gefechts überakzentuiert und einseitig“ erschienen – „im Interesse der wissenschaftlichen Redlichkeit der Theologie wie der Glaubwürdigkeit der Praxis der Kirche“.

Fortschritte beim Thema *Religionsfreiheit* auf dem KSZE-Nachfolgetreffen in Wien stellte der Leiter der österreichischen KSZE-Delegation, Botschafter Rudolf Torovsky, in einem Gespräch mit Kathpress in Aussicht. Das zur Diskussion stehende Papier der neutralen und paktfreien Staaten sei inzwischen gerade in puncto Religionsfreiheit wesentlich verbessert worden. Z. B. sei jetzt klar definiert, daß „religiöse Erziehung von einzelnen oder in Gemeinschaft“ erhalten oder vermittelt werden dürfe. Damit sei auch klargestellt, daß religiöse Erziehung nicht Privatsache der Eltern sein müsse. Auch die *Verbreitung religiöser Publikationen* könne nach der jetzt vorliegenden Fassung nicht mehr auf die Gläubigen beschränkt werden. Damit sei auch missionarische Tätigkeit sichergestellt. Die Änderungen seien um so bedeutsamer, als sie auf Vorschläge westlicher Staaten zurückgingen, denen die östlichen Länder zugestimmt hätten. Allerdings könne Rumänien noch das ganze Papier zu Fall bringen.

An einer *Wallfahrt zum Kalvarienberg in Nitra* (Slowakei) aus Anlaß des Abschlusses des marianischen Jahres nahmen ca. 120 000 Menschen teil. Im Unterschied zu früheren Massenwallfahrten konnte dies ohne Behinderung der Wallfahrer stattfinden. Aber die staatlichen Behörden verboten dem erst vor einigen Wochen neu-

geweihten Bischof und Apostolischen Administrator der Erzdiözese Tyrnau, Jan Sokol, einen Wortgottesdienst abzuhalten. Die Begründung des Verbots, das von Kultusminister Valek und dem Kirchenamtsleiter Macovsky ausgesprochen wurde: Bischof Sokol sei nur für Tyrnau zuständig und habe für die Diözese Nitra keine Kompetenzen.

Die Ausdehnung des Prozesses der Umgestaltung in Ungarn auf die *sittlichen Grundlagen des Gemeinwesens* in seinem Lande forderte in einem Pressegespräch der Sekretär der Ungarischen Bischofskonferenz und Bischof von Pecs, Jozsef Cserhati. Über die wirtschaftlichen Reformen hinaus sei eine „moralische und gesellschaftliche Neugeburt“ notwendig. Es bedürfe einer „neuartigen Demokratie“, in der die grundlegenden Rechte anerkannt werden, in der aber auch „der eine die Bürde des anderen teilt“. Der Kirche komme dabei eine wichtige *erzieherische Aufgabe* zu. Dazu brauche sie mehr Raum für ihr Wirken auch außerhalb der Kirchenräume. Unterdrückung und Erniedrigung der Gläubigen gehörten zwar der Vergangenheit an. Aber es gebe noch immer „Störungen“ bei der Jugenderziehung, bei der Gewissensbildung des Gläubigen und beim Religionsunterricht „auf unterer Ebene“.

Nach einem Bericht des britischen Keston College hat der frühere stellvertretende Bischof der (ungarischsprachigen) reformierten Kirche Siebenbürgens, Prof. Istvan Tokes, seiner Kirche vorgeworfen, sie sehe den *Dorfzerstörungsplänen* von Staatspräsident Ceausescu, die die gewachsene Struktur Siebenbürgens in ihrer Weiterexistenz bedrohe, tatenlos zu. Überdies konstatierte er bei der eigenen Kirche „Symptome des Zerfalls“. Die kirchlichen Organe seien zu Marionetten geworden, kirchliche Wahlen würden manipuliert, die Kirchenleitung selbst betreibe „Desinformation“. Tokes, der 1986 als stellvertretender Bischof abgesetzt worden war und der auch seinen Lehrstuhl an der traditionsreichen theologischen Akademie in Cluj-Napoca verlor, verlangte zugleich die *Einberufung der Generalsynode*.

Zwei amerikanische Ordensfrauen, denen wegen ihrer Haltung in der Abtreibungsfrage der Ausschluß aus ihrer Gemeinschaft drohte, Barbara Ferraro und Patricia Hussey, erklärten ihren Austritt aus dem Orden der Schwestern von Notre Dame de Namur. Die beiden Ordensfrauen gehörten zu einer Gruppe von rund zwei Dutzend Ordensleuten, die während des letzten Präsidentschaftswahlkampfes eine Zeitungsanzeige mitunterzeichneten, in der behauptet wurde, es gebe in der Abtrei-

bungsfrage mehr als eine legitime katholische Position (vgl. HK, Oktober 1985, 490). Die beiden jetzt ausgetretenen Ordensfrauen waren die einzigen aus der Gruppe, bei denen es nicht zu einer Klärung in der Sache innerhalb ihres Ordens gekommen war. Erst kürzlich hatten die zuständigen Ordensverantwortlichen jedoch erklärt, man werde die beiden vorläufig nicht ausschließen, da ein wirklicher Dialog mit den beiden z. Z. nicht möglich sei (vgl. HK, Juli 1988, 352). Diesen Schritt wollte man jedoch ausdrücklich nicht als einen Sympathiebeweis in der Sache verstanden wissen.

Der ständige Rat der chilenischen Bischöfe hat die Oberkommandierenden der Streitkräfte des Landes als das nach der gegenwärtigen Verfassung für die Benennung des Kandidaten zuständige Gremium aufgefordert, für das für Oktober angekündigte Präsidenten-Plebiszit einen „Konsens-Kandidaten“ zu nominieren. Ein solcher Kandidat müsse von der Regierung und der Opposition akzeptiert werden können, und er müsse Zustimmung bei einer großen Bevölkerungsmehrheit finden. Die Benennung des Kandidaten war für den 31. August vorgesehen. Daß General Pinochet nominiert würde, galt seit langem als sicher. Ein Junta-Mitglied antwortete den Bischöfen, ihre Initiative käme zu spät; im übrigen sollten sie sich um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern.

In einem Hirtenbrief mit dem Titel „Solidarität für den Frieden“ forderten die katholischen Bischöfe der Philippinen die Regierung und alle kämpfenden Gruppen dazu auf, den Kampf einzustellen und nach friedlichen Lösungen zu suchen. Die Bischöfe wenden sich gleichermaßen gegen rechte „Todesschwadronen“ und linke Aufständische. Sie kritisieren, daß die Armee sich der Hilfe von bewaffneten fanatischen religiösen Sekten bediene. Alle unrechtmäßig bewaffneten und undiszipliniert kämpfenden Gruppen sollten entwaffnet werden. Die Bischöfe beklagen in dem Hirtenbrief Morde an Polizisten, Menschenrechtsverfechtern, Rechtsanwälten und der Gewaltlosigkeit verpflichteten Kirchenmitgliedern.

Die Nationalversammlung der US-amerikanischen Priesterräte forderten die *Zulassung von Frauen zum Ständigen Diakonat*. Bei ihrer jüngsten Vollversammlung in Louisville (US-Bundesstaat Kentucky) setzten sich die rund 250 Delegierten für einen „freiwilligen“ Zölibat ein. Laisierten und verheirateten Priestern müsse die Möglichkeit zu einer Wiederversöhnung mit der Kirche gegeben werden, heißt es in einer zum Abschluß der Konferenz veröffentlichten Resolution.